GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen

Remé, Monika

2021

https://doi.org/10.25595/3723

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Remé, Monika: *Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 30 (2021) Nr: 1, 117–121. DOI: https://doi.org/10.25595/3723.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i1.12

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen

MONIKA REMÉ[1]

Die Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité untersucht und dokumentiert Verletzungen von Gewaltbetroffenen niedrigschwellig und kostenfrei. Im ersten Corona-bedingten Lockdown im Frühling 2020 suchten weniger Betroffene die Ambulanz auf. Dafür stieg laut Medienberichten der Schweregrad der registrierten Verletzungen: Würgemale am Hals und Mittelgesichtsbrüche wie Brüche der Augenhöhle oder des Kiefers sind dafür Beispiele (ntv 2020). Mit den Lockerungen stiegen die Fallzahlen wieder und übertrafen das Vorjahresniveau. Im Lockdown blieben vor allem jene Betroffene aus, die Verletzungen dokumentieren lassen, aber (noch) nicht zur Anzeige bereit sind.

Die – wenngleich tentativen – Daten (vgl. BAFzA 2020, international: UN Women 2020a), erste Studien (Steinert/ Ebert 2020, für Großbritannien: Davidge 2020) und die Praxiserfahrung im Hilfesystem bestätigen die Warnungen der Expert*innen: Häusliche Gewalt steigt im Zusammenhang mit Ausgangsbeschränkungen, sozialem Stress und wirtschaftlicher Unsicherheit an bzw. eskaliert. Gleichzeitig bleiben ohne soziale Kontakte selbst sichtbare Spuren der Gewalt unsichtbar und für Betroffene ist es schwieriger, Kontakt zum Hilfesystem aufzunehmen bzw. sich aus der Situation zu lösen.

Das erklärt auch das heterogene Bild in den EU-Staaten: Während in einigen die Anrufe bei Hilfetelefonen stark gestiegen sind, beobachteten andere einen Einbruch zu Beginn des Lockdowns (UNODC 2020; EPRS 2020). In Frankreich betrug der Anstieg der angezeigten Vergewaltigungen in 2020 11%, bei der innerfamiliären Gewalt 9% (taz 2021). In Großbritannien hat fast die Hälfte der Frauen und Mädchen in der Pandemie digitale Gewalt erfahren (Glitch/EVAW 2020, siehe Strick in diesem Heft). Zudem ist von einer Verschärfung der Lage für Frauen in besonders vulnerablen Situationen auszugehen. Dazu gehören wohnungslose Frauen (BIK 2021, 11), geflüchtete Frauen, die in Lagern leben und deshalb stärker gefährdet sind (medica mondiale 2020; UNHCR 2020) oder Frauen mit Behinderungen, die allgemein überdurchschnittlich von sexualisierter Gewalt und Gewalt im Nahbereich betroffen sind (Schröttle et. al. 2014).

Zugleich war das Hilfesystem – in Deutschland und Europa – bereits vor der Pandemie überlastet und unterfinanziert. Frauenhäuser und Beratungsstellen mussten Hygienekonzepte einführen, was die raren Frauenhausplätze weiter verknappte, und auf digitale Kommunikation umstellen – ohne dafür zunächst die erforderlichen Mittel zu erhalten.

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i1.12

Keine Priorisierung des Gewaltschutzes

Die Corona-Krise verdeutlich die seit Jahrzehnten bekannten politischen Unzulänglichkeiten und die Ressourcenknappheit im Gewaltschutz. Verantwortlichkeiten werden zwischen den politischen Ebenen Bund – Länder – Kommunen hin- und hergeschoben. Hilfesuchende sowie Mitarbeitende bleiben auf der Strecke (vgl. BIK 2021). Bis heute hat das BMFSFJ „keine repräsentativen Erkenntnisse" über die Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen sowie ihrer Mitarbeitenden und Bewohner*innen unter Corona in Deutschland (BMFSFJ 2021). Frauenministerin Franziska Giffey erklärte bereits Anfang April 2020, dass Gewaltschutz systemrelevant sei (BMFSFJ 2020). Die Entscheidungen obliegen allerdings den Ländern, was zu ungleichen Standards und Praktiken im Umgang mit knapper gewordenen Frauenhausplätzen führt, wie die Zentrale Informationsstelle der Autonomen Frauenhäuser berichtet. Während in Berlin zwei Hotels angemietet wurden, forderte das Land Hessen die Frauenhäuser auf, jede Frau aufzunehmen, aber trotzdem coronafrei zu bleiben. Eine Quarantäne- oder Schleusenwohnung habe es nicht gegeben (Lenz u.a. 2021). Auch im zweiten Lockdown sind die Frauenhäuser in vielen deutschen Regionen überlastet.
Auf Bundesebene werden Frauenhausmitarbeitende – trotz erhöhtem Infektionsrisiko – in der Impfstrategie nicht priorisiert (BMFSFJ 202; FHK 2020). Das bundesweite Förderprogramm zur Digitalisierung des Gewaltschutzbereiches wird vom Hilfesystem selbst verwaltet, denn es handelt sich nicht um zusätzliche Gelder (BMFSFJ 2021). Die Gelder des Bundes treffen erst jetzt ein.
Mit den ersten internationalen Daten, die auf einen Anstieg der häuslichen Gewalt im Lockdown hinwiesen (Taub 2020), erfuhr die Thematik großes mediales Interesse. Das BMFSFJ unterstützte dies durch seine Öffentlichkeitsarbeit. Online, auf Plakatwänden und insbesondere auf Einkaufszetteln der Supermärkte wurde teils mehrsprachlich auf Hilfekontakte verwiesen, wobei migrantische Supermärkte leider nicht einbezogen wurden (BIK 2021, 67f.). In Bezug auf die Onlinekampagne „Stärker als Gewalt" bemängelt das Bündnis Istanbul-Konvention allerdings, dass anfangs Männer und Frauen dort als gleichermaßen betroffen dargestellt wurden (ebd.), was der gesellschaftlichen Realität nicht entspricht. Dennoch ist festzuhalten, dass eine breitangelegte gesellschaftliche Sensibilisierung, wie sie in der Pandemie erfolgt ist, unbedingt verstetigt werden sollte.

Öffentlichkeit: ja – Finanzierung: nein

Auch auf EU-Ebene sind Öffentlichkeitsmaßnahmen und nachholende Digitalisierung im Gewaltschutz wichtige positive Vermächtnisse der Pandemie. Eine Studie des Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung stellt fest, dass jeder EU-Mitgliedsstaat besondere Gewaltschutzmaßnahmen während der Pandemie ergriffen hat, dass allerdings „persistent under-funding of shelters and domestic violence hotlines has resulted in sometimes patchy support" (EIGE 2020).

Irland, Spanien und Litauen haben Nationale Aktionspläne verabschiedet. Bedeutsam sind dabei u.a. Maßnahmen, die Polizei und Justiz betreffen. So sollen Gerichte in Irland Fälle von häuslicher Gewalt priorisieren und die Polizei Hausbesuche bei Frauen machen, die in der Vergangenheit von Gewalt betroffen waren. In anderen Staaten wurden Gesetzesreformen initiiert. In Lettland, Estland, Frankreich und der Slowakei gibt es jetzt die staatliche Verpflichtung, bei häuslicher Gewalt eine alternative Unterbringung zu gewährleisten. Ein solch entschiedenes staatliches Handeln gegen die „Schattenpandemie der häuslichen Gewalt" (UN Women 2020b) fehlt in Deutschland. Auch während der aktuellen Krise setzen sich rechtspopulistische Angriffe auf die Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt fort. Während die EU den Beitritt zur Konvention noch prüft, stellt Polen 2020 deren Verfassungskonformität in Frage und im ungarischen Parlament wurde ihre Umsetzung auf Eis gelegt. Die Bundesregierung machte sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 für den Schutz der Konvention, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ein EU-weites Hilfetelefon stark (Abels 2020). Letzteres wurde beschlossen, aber bislang nicht umgesetzt.

Es braucht politischen Willen

In ganz Europa finden rechtspopulistische und antifeministische Strömungen mit Corona mehr Zulauf. Auch deshalb muss der Erhalt und Ausbau des feministischen Hilfesystems zur gleichstellungspolitischen Priorität auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten werden. Finanzielle Kürzungen bei Gleichstellung und Gewaltschutz sind durch die wirtschaftlichen Corona-Folgen zu befürchten. Spätestens mit der Pandemie sollte klar sein, dass sich Europas Gesellschaften Sparen hier nicht leisten können. Im Gegenteil: Es müssen mehr Mittel bereitgestellt werden (vgl. WAVE 2020).
Der Schutz vulnerabler oder von Mehrfachdiskriminierung betroffener Gruppen sollte mit Blick auf die Auswirkungen der Ausgangsbeschränkungen, aber auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen prioritär behandelt werden. Eklatante Mängel im Gewaltschutz für geflüchtete Frauen von den Asylverfahren bis zur Unterbringung sind dafür – auch hierzulande – ein eindrückliches Beispiel (BIK 2021, 172ff.).
Um häusliche Gewalt zu bekämpfen, gibt es mit der Istanbul-Konvention eine politische Handreichung, die die notwendigen Maßnahmen konkret ausbuchstabiert. Zur konsequenten Umsetzung in Deutschland fehlt aber drei Jahre nach Inkrafttreten noch immer der politische Wille (vgl. Die Linke 2021; BIK 2021). Eine politische Gesamtstrategie gegen geschlechtsspezifische Gewalt muss parteiübergreifend Bestandteil der Wahl- und Regierungsprogramme sein.
Die Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, dass es auf Bundesebene für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Akteur*innen, Institutionen und Verwaltungsebenen eine Koordinierungsstelle braucht, die mit einem klaren Mandat ausgestattet und in der administrativen Hierarchie hoch angesiedelt ist. Auch für

Deutschland gilt, dass künftige Sparpolitik nicht auf dem Rücken von Frauen ausgetragen werden darf. Die Finanzierung eines flächendeckenden Hilfesystems, das der individuellen Situation der Frauen gerecht wird, ist gesamtstaatliche Aufgabe. Dafür ist die dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Präventionsmaßnahmen und des Hilfesystems notwendig (Deutscher Frauenrat 2021). Denn Männergewalt gegen Frauen und Kinder ist kein Problem, das mit der Corona-Krise über uns gekommen ist und es wird auch nicht mit ihr verschwinden.

Anmerkung

1 Die Autorin dankt Urte Poppinga für die Mitarbeit und Britta Schlichting von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser für die Unterstützung.

Literatur

Abels, Gabriele, 2020: Making progress, fighting rollback, in: #BerlinPerspectives 7/2020. Internet: http://iep-berlin.de/en/making-progress-fighting-rollback-germanys-eu-council-presidency-must-secure-gender-equality-achievements-and-reach-new-milestones/ (23.02.2021).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2020: Ministerin Giffey: Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind systemrelevant. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/ministerin-giffey--frauenhaeuser-und-frauenberatungsstellen-sind-systemrelevant/154622 (23.02.2021).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2021: Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Möhring, Doris Achelwilm u. a. und der Fraktion DIE LINKE: Corona-Hilfsmaßnahmen für das Hilfesystem bei Gewalt an Frauen, Drucksache 19/26414. Internet: www.cornelia-moehring.de/wp-content/uploads/2021/02/KA-Corona-Hilfsmassnahmen-fuer-das-Hilfesystem.pdf (23.02.2021).

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), 2020: Gewalt gegen Frauen darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Pressemitteilung v. 24.11.2020.

Bündnis Istanbul-Konvention (BIK), 2021: Alternativbericht zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Internet: www.buendnis-istanbul-konvention.de/alternativbericht-buendnis-istanbul-konvention-2021/ (25.4.2021).

Davidge, Sarah, 2020: A Perfect Storm: The Impact of the Covid-19 Pandemic on Domestic Abuse Survivors and the Services Supporting them. Internet: www.womensaid.org.uk/wp-content/uploads/2020/08/A-Perfect-Storm-August-2020-1.pdf (23.02.2021).

Deutscher Frauenrat, 2021: Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen. Internet: www.frauenrat.de/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen-bekaempfen-und-verhindern/ (23.02.2021).

DIE LINKE, 2021: #IKnachgefragt. Überblick zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Internet: www.cornelia-moehring.de/wp-content/uploads/2021/02/Auswertung-Tabelle.pdf (23.02.2021).

European Institute for Gender Equality (EIGE), 2020: Covid-19 wave of violence against women shows EU countries still lack proper safeguards. Internet: https://eige.europa.eu/news/covid-19-wave-violence-against-women-shows-eu-countries-still-lack-proper-safeguards (23.02.2021).

European Parliamentary Research Service (EPRS), 2020: Violence against women in the EU – State of play. Internet: www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659333/EPRS_BRI(2020)659333_EN.pdf (23.02.2021).

Frauenhauskoordinierung (FHK), 2020: FHK fordert Schutzimpfungen für Frauenhaus-Mitarbeiter_innen & Schnelltests für Bewohner_innen. Internet: www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/detail/fhk-fordert-schutzimpfungen-fuer-frauenhaus-mitarbeiter-innen-schnelltests-fuer-bewohner-innen/ (23.02.2021).

Glitch/End Violence Against Women (EVAW), 2020: The Ripple Effect: COVID-19 and the Epidemic of Online Abuse. Internet: www.endviolenceagainstwomen.org.uk/wp-content/uploads/Glitch-and-EVAW-The-Ripple-Effect-Online-abuse-during-COVID-19-Sept-2020.pdf (23.02.2021).

Lenz, Miriam/**Ricci**, André/**Siber**, Pia/**Donheiser**, Max/**Sachse**, Jonathan, 2021: Häusliche Gewalt: Überlastete Schutzunterkünfte für Frauen und Kinder. Internet: https://correctiv.org/aktuelles/gesundheit/2021/02/10/ueberlastete-schutzorte-fuer-frauen-und-kinder/ (23.02.2021).

medica mondiale, 2020: Corona-Krise: Gewaltschutz für geflüchtete Frauen muss endlich umfassend umgesetzt werden. Internet: www.medicamondiale.org/nc/nachrichten/corona-krise-gewaltschutz-fuer-gefluechtete-frauen-muss-endlich-umfassend-umgesetzt-werden.html (23.02.2021).

ntv, 2020: Corona-Stress führt zu Gewalt: „Viele Betroffene sind schwer verletzt". Internet: www.n-tv.de/panorama/Viele-Betroffene-sind-schwer-verletzt-article22191528.html (23.02.2021).

Schröttle, Monika u.a., 2014: Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Internet: www.bmfsfj.de/blob/jump/94206/lebenssituation-und-belastungen-von-frauen-mit-behinderungen-langfassung-ergebnisse-der-quantitativen-befragung-data.pdf (23.02.2021).

Steinert, Janina/**Ebert**, Cara, 2020: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. Internet: https://drive.google.com/file/d/19Wqpby9nwMNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view (23.02.2021).

Taub, Amanda, 2020: A New Covid-19 Crisis: Domestic Abuse Rises Worldwide. In: New York Times, 6.4.2020. Internet: https://www.nytimes.com/2020/04/06/world/coronavirus-domestic-violence.html (23.02.2021).

taz, 2021: Frankreich: Mehr Vergewaltigungen. Internet: https://taz.de/!5747996/ (23.02.2021).

UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), 2020: UNHCR warns second wave of COVID pandemic driving further violence against refugee women and girls. Internet: www.unhcr.org/news/press/2020/11/5fbe0f394/unhcr-warns-second-wave-covid-pandemic-driving-further-violence-against.html (23.02.2021).

UN Women, 2020a: Issue Brief: COVID-19 and Ending Violence Against Women and Girls. Internet: https://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2020/issue-brief-covid-19-and-ending-violence-against-women-and-girls-en.pdf?la=en&vs=5006 (23.02.2021).

UN Women, 2020b: The Shadow Pandemic: Violence against women during COVID-19. Internet: www.unwomen.org/en/news/in-focus/in-focus-gender-equality-in-covid-19-response/violence-against-women-during-covid-19 (23.02.2021).

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), 2020: Research brief: What crime and helpline data say about the impact of the COVID-19 pandemic on reported violence against women and girls. Internet: www.unodc.org/documents/data-and-analysis/covid/Violence_against_women_24Nov.pdf (23.02.2021).

Women against Violence Europe (WAVE), 2020: Open letter to EU Decision-makers: Funding the fight to end violence against women and girls. Internet: www.wave-network.org/2020/09/23/open-letter-to-eu-decision-makers-funding-the-fight-to-end-violence-against-women-and-girls/ (23.02.2021).